



Presseinformation

Nr. 456 / 2013

Kiel, Mittwoch, 9. Oktober 2013

Bildung / Beamtenrecht

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Frau Professor Wende muss im Sinne der Betroffenen abwägen

Zu aktuellen Meldungen über mögliche Zwangsversetzungen und Gehaltseinbußen für Schulleiter erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Grundsätzlich können Beamte auch ohne deren Zustimmung nach Landesbeamtengesetz auf eine ihrer Befähigung entsprechende Stelle versetzt werden, die auch mindestens die gleiche Gehaltsstufe aufweist. Es handelt sich dabei um eine Kann-Regelung im Landesbeamtengesetz. Das Ministerium hat demnach Ermessensspielraum, ob es eine Versetzung durchführt oder nicht.

Bei der aktuellen Frage nach der Versetzung von Schulleitern von ‚zu klein gewordenen‘ Schulen sollte dies sinnvollerweise in enger Abstimmung mit dem jeweiligen Schulleiter oder der jeweiligen Schulleiterin erfolgen. So ist selbstverständlich in der Abwägung die persönliche Lebenssituation des Betroffenen mit zu berücksichtigen.

Fachlich erschließt sich mir auch nicht, warum ein Schulleiter aus einem funktionierenden Schulbetrieb herausgenommen werden soll, nur um eine mögliche ‚Überbesoldung‘ zu bereinigen. Ich fordere die Ministerin auf, hier eher im Sinne aller Beteiligten abzuwägen, wenn nicht schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Auch glaube ich, dass es sich um ein untergeordnetes Problem in der Bildungspolitik handelt. Es ist doch wichtiger, wenn wir motivierte Schulleiter haben, die sich mit Herz für ihre Schule einbringen, als solche, die durch eine Zwangsversetzung unzufrieden sind.

Um die Haushaltsrelevanz dieser Entscheidung einschätzen zu können, müsste Frau Professor Wende zudem konkrete Zahlen vorlegen. Grundsätzlich können wir aber davon ausgehen, dass im Landeshaushalt entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, um unsinnige Zwangsversetzungen zu vermeiden.“

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.lsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

www.fdp-fraktion-sh.de